

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage **Volk und Zeit** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bekleid. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postfachkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Berlin in Leipzig.**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inlerate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorschr. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sozialistischer Wahlsieg in Schweden.

76 Mandate bei den Provinzialwahlen gewonnen.

SPD. Berlin, 14. Oktober (Radio).

Am Mittwoch sind nach fast vierzehntägiger Ausrechnung die Wahlergebnisse der Provinzialwahlen in Schweden bekanntgegeben worden. Die Sozialdemokratie hat 76 Mandate gewonnen. Sie hat jetzt 444 Sitze inne. Die Freisinnigen und die Bauernpartei haben sich mit je 160 Sitzen ungefähr behauptet. In den Verlust teilen sich die Konservativen, die 43 Sitze verloren, und die Liberalen und Kommunisten, die mit 21 und 14 Sitzen jede Bedeutung verloren haben.

Weber die Beherrschung der Provinzialparlamente hinaus haben diese Wahlen noch eine große politische Bedeutung. Die erste Kammer wird aus Vertretern der Provinzen zusammengesetzt. Damit hat zum zweitenmal seit 1924 die Sozialdemokratie in ein Volkswort der Reaktion eine mächtige Brezche geschlagen.

Über die Bedeutung der schwedischen Provinzialwahlen sandte unser Stockholmer Korrespondent den folgenden Aufsatz, der nach vor der Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses geschrieben wurde:

Gr. Ein komplizierter Apparat ist aufgebaut worden, um der fortschrittlichen zweiten schwedischen Kammer eine erste Kammer als konservatives Element entgegenzustellen. Noch komplizierter ist das Wahlverfahren, das als Ergebnis eine möglichst konservative erste Kammer geben soll, kompliziert ist auch das Zusammenrechnen der Stimmen. Die Wahl zur ersten Kammer ist eine indirekte. Die Mitglieder zur ersten Kammer werden vor allem von den Provinziallandtagen gewählt, aber nicht alle auf einmal, sondern teilweise jedes Jahr ein Viertel der Mitglieder. Diese Provinziallandtage werden wie die Stadtverwaltungen alle vier Jahre neu gewählt. Die Wahl zu den Provinziallandtagen und Stadtverwaltungen ist also eine Vorwahl zur ersten Kammer. Aber infolge des komplizierten Verfahrens wählt nur die Hälfte der neugewählten Provinziallandtage und Stadtverwaltungen während ihrer nun beginnenden vierjährigen Tätigkeit ihre Mitglieder zur ersten Kammer neu, so daß sich also diese Vorwahlen zur ersten Kammer in Bezug auf die Neubesetzung der ersten Kammer nur zu 50 Proz. auswirken, was ja auch die Absicht der Gesetzgeber war.

Das Jahr 1924 brachte einen großen Wahlsieg der Sozialdemokraten bei der Wahl zur zweiten Kammer. Nach der Wahl bildete Branting sein drittes rein sozialistisches Kabinett. Dieses führte kurz nach Brantings Tod den ersten freiwilligen Abdankungsvorschlag, den je eine Regierung eingebracht hat, durch. Dagegen waren die Versuche der Regierung, sozialpolitische Forderungen durchzuführen, wenig erfolgreich. In einer Spezialfrage der Arbeitslosenpolitik kam es zu einem schweren Konflikt mit den bürgerlichen Parteien, die die Regierung stützten und ein linksbürgerliches Kabinett

unter Führung Elmans ans Ruder brachten. Wird die Sozialdemokratie, die ihren Führer verloren hat, ihre 1924 im Wahlkampf erzielte Stellung behaupten können oder werden nach dem Fehlen des Führers viele Bürgerliche nach rechts und Arbeiter nach links abzuweichen? Auf diese Frage hatte die Wahl die Antwort zu geben. Die Antwort war ein Sieg der Sozialdemokraten, die auf Kosten der Kommunisten und Liberalen ihre Stellung wesentlich verbessert haben, so daß die Hoffnung der Konservativen, sich in der ersten Kammer eine ausgesprochen konservative Stütze zu schaffen, nicht in Erfüllung ging, vielmehr die Aussicht besteht, daß die erste Kammer teilweise immer mehr ein demokratisches Gepräge erhält.

Die Provinziallandtage und Stadtverwaltungen erhalten nach den jetzigen Wahlen vielfach ein ganz anderes Gesicht. Gegenüber den Wahlen vom Jahre 1922, bei denen sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten beteiligte, haben alle Parteien ihre Stimmenzahl wesentlich erhöhen können, aber die Sozialdemokratie weist bei einer Vermehrung um ein Drittel den bei weitem stärksten Stimmenzuwachs auf. Dagegen haben alle Parteien, außer den ausgesprochenen Linksparteien, einen Mandatsverlust zu verzeichnen. Der Rückgang der konservativen Mandate beläuft sich auf etwa 10 Proz., die Kommunisten haben auf die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt, die Liberalen sind fast völlig zusammengebrochen. Die Stellung der Bauernpartei ist ungefähr unverändert, ebenso die der Freisinnigen, der bürgerlichen Reformpartei der Kleinbauern, der Handwerker usw. Die Sozialdemokraten aber haben den Löwenanteil erlöst. Sie haben fast sämtliche Sitze erhalten, die die Konservativen, die Liberalen und die Kommunisten verloren haben. Sie konnten die Zahl ihrer Mandate um etwa 20 Proz. erhöhen. In verschiedenen Städten, wie in Eskilstuna, haben sie teilweise eine Zweidrittelmehrheit erzielt; in anderen Städten, so in Lulea, zum ersten Male eine absolute Mehrheit, so daß nach den diesjährigen Wahlen insgesamt 16 schwedische Städte unter der Herrschaft der Sozialdemokraten stehen. Dabei ist zu beachten; daß die großen Städte — um das Bild der Wahl so kompliziert wie möglich zu machen — erst später wählen. Auch in den Provinziallandtagen haben die Sozialdemokraten teilweise eine absolute Mehrheit erzielt.

So hat das schwedische Volk überall deutlich zu erkennen gegeben, daß es mit der früheren Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierung und den sozialdemokratischen Verwaltungen in den Städten und in den Provinziallandtagen durchaus zufrieden ist. Die Rückwirkung auf die allgemeine Politik Schwedens kann nicht ausbleiben. Die Sozialdemokratie ist nicht nur die bei weitem stärkste Partei des Landes geblieben, sondern hat neues Gebiet gewonnen. Hieraus wird die bürgerliche Linkspartei Rückschlüsse nehmen müssen. Es wird ihr unmöglich sein, gegen diese überwältigende sozialdemokratische Mehrheit zu regieren, vielmehr wird die linksbürgerliche Regierung bestrukt sein müssen, so eng wie möglich mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, die die Führung in der schwedischen Politik behalten haben und auch weiterhin behalten werden.

Paul-Boncour vor dem Parteivorstand.

Renardel aus der Redaktion des Quotidien ausgestreut.

SPD. Paris, 14. Oktober (Radio).

Paul-Boncour erschien am Mittwochabend vor der ständigen Verwaltungskommission der Sozialistischen Partei, um über seine Genfer Tätigkeit vernommen zu werden. Keiner der anwesenden Mitglieder der Verwaltungskommission machte irgendwelche Bemerkungen gegen die Haltung Paul-Boncour's geltend. Der ganze Streit drehte sich lediglich um die prinzipielle Frage, ob ein sozialistischer Abgeordneter überhaupt die Vertretung einer bürgerlichen Regierung übernehmen könne. Es wurde beschlossen, daß sowohl die Verwaltungskommission wie Paul-Boncour selbst einen Bericht über die Frage ausarbeiten und dem bevorstehenden Parteitag vorlegen sollen. Nach Schluß der Sitzung erklärte Paul-Boncour, er stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß möglichst viele Sozialisten in Genf vertreten sein müßten, gleichgültig, ob ihre Regierungen sozialistischer Natur seien oder nicht. Außerdem betonte er, daß er auch weiterhin für einen Eintritt der Sozialisten in eine Regierung mit Bürgerlichen eintrete.

III. Paris, 14. Oktober.

Der Sozialist Renardel hat der Verwaltungskommission der Sozialistischen Partei mitgeteilt, daß er sein Amt als politischer Beirat des Quotidien niedergelegt habe. (Die Tätigkeit des Genossen Renardel an dem bürgerlich-radikalen Quotidien, der mit der Verunglimpfung der Sozialistischen Partei stets und auch jetzt wieder nicht sparsam umgeht, hatte schon häufig innerhalb der Sozialistischen Partei zu Erörterungen Anlaß gegeben. Red. d. L. V.)

Obstruktion im steirischen Landtag.

In Graz ist am Montag, nachmittags 4 Uhr, der Landtag von Steiermark zur Wahl des neuen Landeshauptmanns zusammengetreten. Als die Christlichsozialen den Unterrichtsminister Dr. Rintelen zum Landeshauptmann vorschlugen, der durch den Untersuchungsausschuß des Parlaments auf das äußerste kompromittiert ist, protestierten die Sozialdemokraten heftig. Es kam zu hitzigen Szenen. Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, daß die Sozialdemokraten die Wahl des Herrn Rintelen mit allen Mitteln verhindern werden und daß nur nach einer Neuwahl, falls die Wähler diese Schande auf sich nehmen, Rintelen zum Landeshauptmann ge-

wählt werden könnte. In dem Tumult wurde, um Tatsachen zu verhindern, die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung konnte Dr. Rintelen seine Rede halten, wobei er fortwährend von den Sozialdemokraten unterbrochen wurde. Die Sitzung wurde dann geschlossen, ohne daß es zu der Wahl des Landeshauptmanns gekommen wäre.

In der Mittwochssitzung ging die Sozialdemokratie zur härtesten Opposition über. Da die Geschäftsordnung jedem Landesrat das Recht zuerkennt, im Verlaufe einer Debatte zweimal das Wort zu nehmen und im Landtag 24 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen, ist mit 48 Dauerreden ohne Zeitbeschränkung zu rechnen. Somit besteht keinerlei Aussicht, daß die Christlichsozialen die unstrittige Wahl Dr. Rintelens durchsetzen können. Abends um 8 Uhr wurde die Sitzung nach einer mehrstündigen Obstruktionsszene eines sozialdemokratischen Landesrates ergebnislos abgebrochen. Falls die Christlichsozialen die Kandidatur Rintelens nicht zurückziehen, bleibt als Ausweg nur die Auflösung des steirischen Landtages und die Bestätigung des Volkes durch Neuwahlen, die die Sozialdemokraten sowieso verlangen.

Das neue tschechische Kabinett.

II. Prag, 14. Oktober.

Die endgültige Ministerliste liegt jetzt vor. Danach erfährt die bereits mitgeteilte Liste folgende Veränderungen bzw. Ergänzungen:

- Eisenbahn: Rajman, tschechische Gewerkschaft,
- Post: Rössel, tschechisch-katholische Volkspartei,
- Landwirtschaft: Srdinko, tschechische Agrarpartei,
- Fürsorge: Schramel, tschechische Volkspartei,
- Arbeiten: Prof. Skina, deutscher Agrarier.

Der Präsident der Republik hat am Mittwoch die Minister der neuen Regierung empfangen und vereidigt. Heute wird sich das neue Ministerium mit einer Regierungserklärung bei den Kammern vorstellen. Im Anschluß daran wird eine Anfrage über die Affäre Gajda zur Beratung kommen.

Ein sozialistischer Oppositionsblock.

II. Prag, 14. Oktober.

Die deutschen Sozialdemokraten, die tschechischen Nationalsozialisten und die tschechischen Sozialdemokraten werden einen gemeinsamen Oppositionsblock bilden. In einem Auschuß werden die drei Parteien vertreten sein, der die Richtlinien für die Haltung der Parteien aufstellt.

Die große Koalition.

Die preussischen Koalitionsparteien werden sich am heutigen Tage unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun zusammensenden, um sich mit dem Wunsche der Deutschen Volkspartei auf Wiederbeteiligung an der preussischen Regierung eingehender zu befassen. Wie schon mitgeteilt, unterbricht morgen der preussische Landtag seine Tätigkeit. Damit werden auch die weiteren Verhandlungen ausgesetzt, bis der Reichstag zusammengetreten ist, so daß die endgültige Entscheidung über die von der Volkspartei erstrebte Erweiterung der preussischen Regierung in den Fraktionen des Reichstages erfolgen dürfte.

Man berichtet, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages der Auffassung sei, daß ohne die Bildung der großen Koalition im Reiche die Aufnahme der Volkspartei in den Verband der preussischen Regierung für unzuverlässig erachtet werde. Daraus ergibt sich von selbst, daß das Problem der großen Koalition in den nächsten Wochen aus dem Stadium rein akademischer Erörterungen unmittelbar zur Frage der praktischen Politik werden dürfte. Wie schon mitgeteilt, ist das Problem der großen Koalition in letzter Zeit mehrfach erörtert worden. Die Septembernummer der Sozialistischen Monatshefte brachte nicht weniger als drei Aufsätze, in denen sich Karl Hiltenbrand, Max Schippel und Wolfgang Heine für die politische Linie erklärten, die in Dresden von dem Großindustriellen Silberberg aufgezeichnet worden ist. Den Darlegungen Hiltenbrands geht tiefere Bedeutung ab. Aber auch Schippel bewegt sich in dem sattem bekannten Ton, den er im Kampfe mit den Linksozialisten seit Jahren anzuschlagen strebt. Er erklärt: „Es wäre ein Jammer, wenn als Echo der Dresdner Unternehmertagung. Die Red.) nur die kümmerlichen Sprüchlein der für alle Situationen und Ereignisse ewig gleich ausgezogenen radikalen Agitationsgrammphone erklingten.“ Wolfgang Heine propagiert, im Sinne Joseph Births, die Sammlung der republikanischen Parteien, den Zusammenschluß mit der Deutschen Volkspartei, die in der preussischen großen Koalition jahrelang so ersprießliche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie geleistet hat... Jetzt ist der Moment gekommen, der nicht wieder verpaßt werden darf.“ Bei der Gesamteinteilung dieser Genossen war eine tieferegreifende Erörterung dieses Problems nicht zu erwarten.

Anders ist es mit dem Aufsatz Rudolf Hiferdings, der in der Oktobernummer der Gesellschaft erschien. Er erklärt, daß man zur Beurteilung der Rede Silberbergs von der „ökonomischen Analyse“ der Gegenwart auszugehen habe. Hiferding verweist auf die großen Linien der Wirtschaft- und Handelspolitik, die von Bismarck im Jahre 1878 durch die gleichzeitige Einführung der Getreide- und Eisenzölle eingeschlagen wurden. Die Wirtschaftspolitik Bismarcks habe zum Bündnis der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes geführt, die bis 1918 die herrschenden Mächte des Staates gewesen seien, dann aber in Widerstreit zueinander geraten wären. Das Gewicht der Schwerindustrie habe sich durch den Verlust von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und der Abtrennung des Saargebietes vermindert und der Zusammenbruch der vertikalen Konzerne vom Stinnesstyp habe der Autorität und dem wirtschaftlichen Einflusse der Schwerindustrie weiteren Einbruch getan. Die Führung der Wirtschaft gehe in stärkerer Nähe auf die Fertigungsindustrie, oder richtiger auf die Industriegruppen über, von anderem Typus als es die rheinisch-westfälische Schwerindustrie vor dem Kriege gewesen ist. Insbesondere habe sich die chemische Industrie eine überragende Position gesichert. Sie sei nahezu autark, von der deutschen Schwerindustrie unabhängig. Sie werde durch das Kohlenverfälschungsverfahren die Kohlenindustrie in ihre Abhängigkeit bringen.

Die Personalunion, in der Herr Duisburg den Vorsitz des Aufsichtsrats der IG. mit dem des Reichsverbandes verbindet, offenbart die führende Stellung der chemischen Großindustrie.

Mit dieser Verschiebung in der Struktur der deutschen Großindustrie habe sich auch in dem Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse eine Veränderung vollzogen. In den schwerindustriellen Unternehmungen sei der Lohnanteil „der wichtigste Posten der Kostenrechnung“. Anders in der Fertigungsindustrie „mit ihren qualifizierten Arbeitsträften, bei ihnen tritt in der Regel der Lohnanteil zurück hinter den übrigen Kosten“. Das ist der Kern der politischen Schlussfolgerungen, die Hiferding am Ende seines Artikels zieht. Er erklärt, daß die leitenden Männer dieser nach der Herrschaft ringenden neuen Gruppen der Industrie von anderem Schlage seien, als „die alten Kohlendynasten, die Herren im Hause sein wollten“.

Bis zum Ruhrkonflikt und bis zum Zusammenbruch der vertikal aufgebauten Konzerne habe die Schwerindustrie im Sinne der Vorkriegswirtschaft „an der alten Gewaltideologie festgehalten“. Erst allmählich hätten sich die neu hervorgetretenen führenden Gruppen der Industrie von der politischen Führung der Schwerindustrie emanzipiert. „So wurde der Reichsverband zum Befürworter des Dawesplans, zum Förderer der Locarno- und Völkerbundspolitik, zur Stütze Stresemanns...“ Durch diese Veränderungen im wirtschaftlichen Aufbau des Reiches sei die Rolle der Deutsch-